

Antrag Nr. 23-O-08-0008

Gemeinsamer Antrag der CDU-, SPD- und FDP-Fraktion sowie der Fraktion DIE LINKE

Betreff:

Anbringung von Geschwindigkeitsmesstafeln (CDU/SPD/FDP/LINKE)

Antragstext:

Antrag der Fraktionen der CDU, SPD, FDP und DIE LINKE:

Der Magistrat wird gebeten,

1. das vom Tiefbau- und Vermessungsamt mit Schreiben vom 17.01.2023 bekanntgegebene Verfahren zur Anbringung von Geschwindigkeitsmesstafeln zurückzunehmen,
2. die Ortsbeiräte bei der Erarbeitung von Regelungen über die Anbringung von Geschwindigkeitsmesstafeln einzubeziehen.

Begründung

zu 1.

Das Verfahren wird den Interessen des Ortsbeirates nicht gerecht.

Der Ortsbeirat setzt das Geschwindigkeitsmessgerät vorwiegend in den Straßen ein, in denen es aus der Bürgerschaft Beschwerden über zu hohe Fahrgeschwindigkeiten gibt. Das vorgesehene Verfahren mit seinen starren Fristen verhindert die spontane Reaktion auf solche Eingaben. Eine zeitnahe faktenbasierte Aufklärung über tatsächlich gemessene Geschwindigkeiten sowie über die Höhe des Verkehrsaufkommens ist somit nicht möglich. Dem Ortsbeirat wird damit ein bewährtes Element zur Befriedung lokaler Konflikte genommen.

Die mit der Messung erhobenen Daten werden in der Regel ausgewertet und stehen den Mitgliedern des Ortsbeirates zur Verfügung, die sie als Basis für Anträge im Ortsbeirat nutzen. Der Ortsbeirat sieht sich in seiner politischen Arbeit beeinträchtigt, wenn Messdaten nicht mehr zeitnah erhoben werden können.

zu 2.

Das vom Tiefbau- und Vermessungsamt vorgegebene Verfahren wurde ohne Beteiligung und ohne Rücksprache mit dem Ortsbeirat bekannt gegeben.

Wiesbaden, 21.02.2023